

Chinas Menschenrechtslehre

Menschenrechte in Südostasien – und Chinas Einfluss

Der Artikel zeigt die Auswirkungen von Chinas Ablehnung des westlichen, universell-absoluten Menschenrechtskonzepts (und seines Desinteresses daran) auf seine Südostasienpolitik.

Astrid Lipinsky

Die Chinapolitik des Europäischen Parlaments oder des US-amerikanischen Außenministeriums mit seinem jährlichen Menschenrechtsbericht kreist um die Menschenrechte. Chinas Antwort sagt Einiges über

Chinas Menschenrechtsverständnis aus und macht verständlich, was es in Richtung Südostasien (oder Afrika) nicht gibt. Dem amerikanischen stellt China einen eigenen Bericht zur Menschenrechtssituation in den USA entgegen. Europäische Kritik wird

als Einmischung in innenpolitische Angelegenheiten zurückgewiesen. Dafür muss den Menschenrechten aber ihr universeller Charakter begründet abgesprochen werden. Chinas »Menschenrechts-Wissenschaft« füllt inzwischen in jeder chinesischen Buchhandlung ganze Regalmeter. Bei der Neudefinition war und ist der in den 1970er Jahren von Lee Kwan Yew in Singapur angestoßene Endlosdiskurs von den angeblichen »Asiatischen Werten« eine große Hilfe, auch, weil sich die Volksrepublik China zunehmend stärker als Zentrum und Kern Gesamtasiens versteht.

Für die europäisch-chinesischen Menschenrechts-Dialogveranstaltungen, an denen teilzunehmen China als Bestandteil seiner internationalen Politik betrachtet, hat es sich als nützlich erwiesen, einfach unter dem Begriff der »Menschenrechte« über verschiedene Inhalte zu reden. China braucht sich nicht angegriffen zu fühlen; und die westliche Kenntnis der originär chinesischen Menschenrechtstheorien ist so unzureichend, dass der »Dialog« über die Verwendung eines völlig gegensätzlich verstandenen Begriffes nicht hinaus kommt. Die nötige Auseinanderset-

zung mit der chinesischen Menschenrechts-Definition findet nicht statt.

Chinas Südostasienpolitik und die Menschenrechte

Chinas Festlegung der eigenen Seegrenzen umfasst ganz Südostasien. Der gewünschte Grenzverlauf, der es zum Beispiel keinem amerikanischen Schiff, kriegerisch oder nicht, erlauben würde, ohne Chinas vorherige Erlaubnis die Taiwanstraße zwischen China und Taiwan zu befahren¹, zeigt, dass und wie China Südostasien als den eigenen Hinterhof betrachtet.

Was das mit den Menschenrechten zu tun hat? Viel. Entweder kann es bedeuten, dass China jegliche südostasiatische Politik als im eigenen Interesse, als Quasi-Innenpolitik, reklamiert. Genauso könnte es aber auch heißen, dass China gegenüber Südostasien keine eigenständige Politik verfolgt und daran auch kein Interesse hat, weil im Inneren keine Außenpolitik denkbar ist. Für die südostasiatische Innenpolitik Chinas spricht, dass die Geographie die Zusammenarbeit über Grenzen erzwingt, zum Beispiel im Fluss-Management. Gegen eine innenpolitische Herangehensweise aus südostasiatischer Sicht spricht der Verdacht, dass Chinas Binnenpolitiken im Straßenbau oder im Bau von Staudämmen tatsächlich auf chinesische Dominanz zielen.

Sicher ist, dass China in Südostasien keinen anderen Einfluss als den chinesischen gelten haben möchte. Die allererste Entwicklungshilfe der neu gegründeten Volksrepublik China ging deshalb schon 1950 an die asiatischen Nachbarländer Nordkorea und Vietnam.² Diesen Einfluss kann China mit Waffengewalt, mit Geld oder auf der Grundlage von moralischen Werten wie den Menschenrechten ausüben. Waffen und Finanzmittel sind nicht kostenlos zu haben, während die Menschenrechtsmoral nicht nur billig ist, sondern über ihren Gehalt zwischen China und den südostasiatischen Ländern auch weitestgehend Einigkeit besteht.

**KEINE EINMISCHUNG
IN INNERE
ANGELEGENHEITEN!**

**KEINE EINMISCHUNG
IN INNERE
ANGELEGENHEITEN!**

Die Autorin ist Universitätsassistentin mit den Schwerpunkten Frauen, Recht und Taiwanstudien am Institut für Ostasienwissenschaften der Universität Wien.

Chinas multipolare Südostasien-Politik seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre kann als Beleg für alle diese Vermutungen herangezogen werden: Einerseits als Schwächung der einzelnen südostasiatischen bilateralen Vertragspartner, andererseits als Stärkung der Gesamtheit südostasiatischer Staaten gegenüber China.

Die Einbettung von Chinas (Menschenrechts-) Politik

Die Volksrepublik China nimmt



ein zahlen. 2008 zeigten Ost- und Südostasien diesbezüglich mehr Einigkeit als die doch viel stärker integrierten EU-Mitglieder. Die neue asiatische finanzpolitische Kooperation rückt die Zusammenarbeit in anderen Feldern in den Hintergrund. Das gilt genauso für den Klimaschutz wie auch für die Menschenrechte. Als Mitglied des UN-Sicherheitsrates ist China bei den Menschenrechten in einer Machtposition, von der es aber bewusst keinen Gebrauch

den asiatischen Raum als Gesamtheit wahr. Im Idealfall würde China, beispielsweise in asiatischen Kooperationsmechanismen wie dem Asiatisch-Europäischen Treffen ASEM, für alle asiatischen Mitglieder stehen und sprechen. Diese Positionierung wird weniger von den übrigen asiatischen Ländern als vielmehr vom nichtasiatischen, hier: dem europäischen Partner unterstützt. Im Rahmen von ASEM³ 7, das im Oktober 2008 in Beijing stattfand⁴, haben die Europäer versucht, von China eine Zusage zur Mitarbeit im Kampf gegen die globale Wirtschaftskrise zu erhalten. Angesichts von Chinas Größe und ökonomisch-finanzieller Potenz wurden »die übrigen asiatischen Staaten« nur als undifferenziertes Anhängsel von »China und ...« aufgereiht.

Unter den asiatischen Staaten fand und findet jedoch eine Rückbesinnung weg vom globalen auf den asiatischen Kontext statt. Nicht nur hat Asien seit Oktober 2008 seinen eigenen, asiatischen finanziellen Rettungsfonds, sondern besinnt sich angesichts fallender Import-Order und Investitionen aus dem Westen auch auf den innerasiatischen Markt. Von den Südostasiaten wird erwartet, dass besonders China, Japan und Südkorea in den Rettungsfonds

macht. Im Gegenteil werden menschenrechtlich begründete Initiativen wie zuletzt die Verurteilung von Syrien regelmäßig mit dem chinesischen Veto blockiert. Dennoch blockierte China aber die Aufnahme der Menschenrechte in die Einleitung der Abschlussklärung von ASEM 7⁵ nicht. Das ist aber weniger Einverständnis mit der Einmahnung der Menschenrechte in Burma als vielmehr Gleichgültigkeit. Umso weniger China die globale Menschenrechtsagenda blockiert, desto schneller wird der Westen seine Kritik vergessen.

ASEM veranstaltet seit 1998 jährliche informelle Seminare zu Menschenrechten. Seit Peking 2008 diskutiert die ASEAN die Schaffung eines Menschenrechtsorgans. Während die ebenfalls 2008 geplanten Blaupausen für eine ASEAN-Wirtschaftsgemeinschaft bereits 2010 vorgelegt wurden und seitdem mit dem Ziel diskutiert werden, die ASEAN-Wirtschaftsgemeinschaft 2015 zu etablieren, werden die Menschenrechte auch 2011 noch als »Arbeitsgruppe für einen Menschenrechtsmechanismus der ASEAN«⁶ niedrigschwellig diskutiert.

Südostasiatische Besonderheiten?

Ein Vergleich mit der chinesischen Politik gegenüber Afrika⁷ suggeriert vor allem Gemeinsamkeiten: Die Volksrepublik China ist ein bereitwilliger Geldgeber ohne menschenrechtliche Auflagen (Angola, Burma, Nordkorea) mit dem global gleichen Investitionsmodell: Vorrang haben große Infrastrukturprojekte, geplant und gebaut von chinesischen Investoren mit einer großen Anzahl chinesischer ArbeiterInnen. Beispielsweise übernimmt das chinesische Unternehmen *Gezhouba*, das federführend am Bau des Drei-Schluchten-Dammes beteiligt war, als Monopolist die Stromversorgung von Teilen Indonesiens einschließlich der Erbauung der nötigen Wasserkraftwerke. Gezahlt wird bevorzugt in Rohstoffen (Afrika) oder Energie (Laos). Es geht um strategische Bündnisse (Burma für die Sicherung der Grenze zu Indien, Nigeria für den Zugang zu Erdölquellen), nicht um Moral, also um Menschenrechte. Eng befreundet ist China mit besonders schäbigen Diktaturen: In Afrika mit dem Kongo, Sudan, Angola oder Nigeria, in Asien mit »Freunden« wie Burma und Nordkorea. Seit der Asien-Afrika-Konferenz von Bandung in Indonesien 1955 ist amtlich und seitdem unverändert, dass es keine unterschiedliche Afrika- oder Asienpolitik der VR China gibt. Es gilt: China exportiert vor allem Infrastrukturprojekte, die aus chinesischer Sicht dem Importland besonders nutzen, und zwar ohne die im Westen üblichen daran geknüpften Bedingungen, einschließlich der Menschenrechts- und Demokratieforderungen.⁸

Für die südostasiatische Perspektive ist von Bedeutung, wer welche Beziehungen zu China haben möchte: Singapurs Priorität ist die möglichst starke Eingrenzung Chinas einerseits durch seine Einbindung in regionale und internationale Bündnisse und andererseits durch die USA, Japan und Indien. Singapur erinnert China gerne an die gemeinsame Grundlage der »Asiatischen Werte«, achtet aber de facto auf ein gewisses militärisches Drohpotenzial und auf den Ausbau des US-amerikanischen Schutzschirmes.

Thailand hat keine gemeinsame Grenze mit China und ein Schutzbündnis mit den USA. Es ist das Hauptziel, Chinas wirtschaftlichen Aufstieg möglichst profitabel zum Vorteil Thailands zu nutzen: von den Billigimporten chinesischer Früchte zum Ausbau des chinesischen Massentourismus nach Thailand.

Vietnam ist das einzige südostasiatische Land, in dessen Chinabeziehungen so etwas wie Moral (hier: sozialistische Moral) eine Rolle spielt. Neben ideologischen Freundschaftsbekundungen ist aber in Vietnam nicht vergessen, dass man bis 1979 Krieg mit China führte.

Der amerikanische Traum in der chinesischen Menschenrechtspolitik

Die USA sind die Messlatte der chinesischen Außen-, Wohlstands- und Militärpolitiken. Die Auseinandersetzung findet ausschließlich auf Amerika gerichtet statt; in der chinesischen Menschenrechtspolitik hat Südostasien keinen Platz. Im Wettbewerb um die »bessere«, höherwertige Kultur hat Südostasien keine Stelle und keinen Stellenwert.

Soweit in regionalen Bündnissen wie ASEM gefordert, beteiligt sich die Volksrepublik China an menschenrechtlichen Verurteilungen südostasiatischer Staaten, aber passiv, ohne in Bezug auf die Menschenrechte (Dritter) die Initiative zu ergreifen. Chinas Behauptung, dass Asien auf einem eigenen, asienspezifischen menschlichen Fundament basiert, würde in Südostasien wohl weitgehend Zustimmung finden. Ein Mehr an menschenrechtlichem Austausch wird von China nicht betrieben, und wohl auch nicht gewünscht. Andere menschenrechtlich relevante Aspekte wie der chinesische Rassismus gegenüber dunkelhäutigeren, kleiner gewachsenen und deshalb als minderwertig wahrgenommenen Südasiaten werden von dort am liebsten gar nicht, aber auf keinen Fall als Menschenrechtsfrage thematisiert.

Literatur

- 1) Matthias Nass: »Schachpartie auf dem Meer« in Die Zeit Nr. 17 vom 20.04.2011, S. 6-7
- 2) White Paper: China's Foreign Aid. Herausgegeben vom Staatsrat am 21.04.2011. Online unter <http://china-wire.org/?p=111134> (Zugriff 17.05.2011).
- 3) Im Asia-Europe Meeting (ASEM) sind seit 1996 16 asiatische und 27 europäische Staaten organisiert. 10 der asiatischen Staaten sind ASEAN-Mitglieder.
- 4) Sven Hansen: »Hoffen auf das Reich der Mitte«. Asienhaus-Rundbrief 10/2008.
- 5) <http://www.asem7.cn/download/cssaem.pdf>
- 6) <http://www.aseanhrmech.org/news/cso-dialogues-with-asean-community-blueprints.htm>
- 7) Bölinger, Mathias: »Mit Hilfe moderner Marktstrukturen erobern die Chinesen einen neuen Kontinent.« In: *Das Parlament* vom 7.3.2011
- 8) White Paper 2011.